

In der Gegenwart wird der Staat dem Sozialen untergeordnet. Aber das Deutschland der Gegenwart leidet nicht an Autoritätsglauben, sondern an Führungsmangel

Der zivilisierende Staat

Von Gerd Held

Zwei Erfahrungen prägen unser Bild vom zeitgenössischen Staat. Einerseits gibt es immer kompliziertere Regeln und einen immensen Gelddurchlauf mit wachsenden Schulden. Andererseits ist dieser wuchernde Staat auch ein schwacher Staat dessen praktische Ergebnisse sehr zu wünschen übrig lassen. Die erste Erfahrung ist die auffälligere, aber die zweite ist die wichtigere. Es hat eine fundamentale Veränderung stattgefunden, die dem Staat sozusagen seine Geschäftsgrundlage genommen hat. Der klassische Rechts- und Territorialstaat, der am Anfang der Moderne stand, fand seine Legitimität in einem gesellschaftlichen Umfeld, das von Gewalt, Roheit, Willkür, Gier, Trägheit, Aberglauben und Hörigkeit geprägt war. Der Staat war Zivilisationsmacht gegen die Barbarei, gegen den „Naturzustand“ des Kampfes aller gegen alle, wie es Thomas Hobbes ausdrückte. Er konnte nicht einfach „den Menschen dienen“, sondern er musste sich als eine besondere Maschine, als ein übermenschlicher „Leviathan“ (Hobbes) ihnen gegenüber formieren. Nur so konnte er sie aus ihrer Befangenheit heben.

Wenn man unseren heutigen Sozialstaat mit diesem Zivilisationsstaat vergleicht, fällt ein fundamentaler Platzwechsel auf: Heute soll die Gesellschaft das Gute und Kluge verkörpern, während der Staat nur noch eine dienende Funktion hat. In den sozialen Beziehungen der Bürger sollen Friede, Mündigkeit und Wohlfahrt schon enthalten sein. So wird die Normen setzende, vorgebende Hand des Staates zur begleitenden, korrigierenden „zweiten Hand“. Der Staat wird zur Sekundärveranstaltung, der nachträgliche Umverteilungen vornimmt. Er hat im moralischen Sinn

nichts Originäres mehr, keine eigene Substanz, keine positive Idee. So ist es kein Zufall, dass die Ordnung der Bundesrepublik mit einem Begriff bezeichnet wird, in dem der Staat gar nicht mehr vorkommt: die „soziale Marktwirtschaft“. In dieser Ordnung sind alle harten Herausforderungen an das Wirtschaftssystem delegiert, während der Staat nur die mildernde Sozialvertretung ist. Das politische Handeln moderiert nur noch zwischen den Individual- und den Kollektivansprüchen, die an es herangetragen werden. Diese „Sozialisierung“ des Staates ist heute die Ursache für sein teures Wuchern.

Gewiss ist dies Bild etwas überzeichnet, unsere Republik ist nicht völlig umgedreht worden. Wichtig wäre es zunächst, überhaupt von gegensätzlichen Konzeptionen des Staates und von widerstreitenden Tendenzen seiner Entwicklung auszugehen. Eigene Ansprüche des zivilisierenden Staates stehen neben Dienstbarkeiten des sozialen Staates. Die Letzteren haben sich allerdings immer mehr in den Vordergrund geschoben. Am sichtbarsten ist das im Sozialetat, dem heute mit Abstand größten Posten im Staatshaushalt. Darin kommt auch eine Umdefinition des Sozialstaats zum Ausdruck. Ursprünglich meinte „sozial“ nur bestimmte Lebenslagen oder bestimmte soziale Gruppen. Dieser „kleine“ Sozialstaat fügte sich noch in den zivilisierenden Staat. Nun aber hat sich die Definition auf das ganze Leben und „die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit ist förder-, beratungs- und betreuungsbedürftig. Zugleich kommt es zu einer bedeutsamen Verschiebung: das Soziale greift auf die anderen Ressorts über und verändert deren Aufgabenstellung. Wenn in der Bildungspolitik nicht mehr die Vermittlung der Bildungs-

bestände des Landes im Vordergrund steht (angefangen bei Lesen, Schreiben, Rechnen), sondern das „Gemeinsam Lernen“ zur Leitidee wird, dann werden Zivilisationsstandards zugunsten von Schüler-Verteilungen aufgegeben. Nicht die Anspruchsniveaus des Wissen bestimmen die Pädagogik, sondern das Ziel eines sozialen Ausgleichs. In der Gesundheitspolitik führt eine ähnliche Ausgleichsidee zu Regulierungen, die gesunde Menschen für Krankenkassen weniger interessant machen als kranke Menschen. In der Stadtplanung gilt inzwischen eine Stadt mit unterschiedlichen Stadtteilniveaus als Fehlentwicklung und als zu behebendes Übel. Im Namen der „sozialen Stadt“ (so lautet tatsächlich der Titel ein aktueller Programmtitel) wird der weitere Ausbau hochwertiger Stadtteile vernachlässigt – als wäre dieser Ausbau nicht auch wichtig für eine urbane Gesellschaft. Wohin man blickt, werden also Unterschiede eingeebnet und damit der Ehrgeiz der Höherentwicklung bestraft. Belohnt wird das Warten auf die nachträglich fördernde „zweite Hand“ des Staates.

Auch bei der Wahrung von innerem Frieden und Sicherheit, der klassischen Aufgabe des zivilisierenden Staates, ist eine Umdefinition am Werk. Das Sanktionieren wird in der Innen- und Rechtspolitik infrage gestellt. „Strafen bringt nichts“, heißt es. Stattdessen wird eine Beseitigung der „sozialen Ursachen“ von Gewalt und Verbrechen in Aussicht gestellt – und damit im Namen einer sozialpolitischen Lösung das Gewaltmonopol des Staates geschwächt. Polizei, Militär und Justiz werden in ihrem Zugriff durch eine sozialpazifistische „zweite Hand“ gehemmt.

Wenn so die zivilisierenden Höhen des klassischen Staates abgetragen werden, ist das nicht nur ein „linkes“, sondern auch ein „liberales“ Problem. Denn auch der individuelle Bürger unserer Zeit sieht sich gerne als König im Kundenstaat und hat sich auch gut in der Umverteilung eingerichtet: Es gibt kaum noch Bereiche, in der nicht irgendeine Subvention dafür sorgt, dass eine Aktivität auf die Beine kommt.

Auch der heutige Staat braucht eine eigene Idee

Die staatspolitische Grundfrage unserer Zeit ist nicht, ob wir „zu viel“ oder „zu wenig“ Staat haben. Vielmehr geht es um eine wohlverstandene Führungsrolle des Staates. Er muss sich von der sozialen Dienerrolle freimachen, um wieder zu einer zivilisierenden, hebenden Macht werden zu können. Der Staat braucht eine eigene Idee, die über die Affirmation des Gesellschaftlichen hinausweist und an der sich die Gesellschaft orientieren kann. Eine politische Mehrheit macht nur Sinn, wenn sie die Kraft aufbringt, verbindliche Normen einseitig zu „setzen“. Sie können nicht aus dem Spiel der Interessen hervorgehen, sondern müssen diesem Spiel vorhergehen. Die zivilisierende Macht muss in ihren „öffentlichen“ Gütern eine eigene Substanz hegen und pflegen. Wer sich Bildungsbestände, Verkehrswege oder das Gewaltmonopol vor Augen führt, kann erkennen, dass sich diese Güter nicht einfach aus dem gemeinschaftlichen Wirken der Gesellschaft ergeben, sondern einer besonderen Eigenanstrengung des Staatswesens bedürfen.

Gegen eine solche Führungsrolle gibt es einen wichtigen Einwand. Woher nimmt der Staat das Wissen und die Moral, um das Richtige zu tun? Ist es nicht vermessend, der Gesellschaft, die doch als das „größte Ganze“ erscheint, etwas vorgeben zu wollen? Wer schützt uns vor Mißbrauch? Darauf gibt es eine pragmatische Antwort: In allen Ressorts des modernen Staates gibt es sehr wohl Bestände des Guten und Richtigen, die gewissermaßen die „Höhen“ unseres Landes markieren, die gewahrt und ausgebaut werden können. Das moderne öffentliche Wohl hängt nicht von der personalen Macht einer charismatischen Autorität ab, sondern von Errungenschaften in Sachfragen. Nicht eine Person oder Partei ist die höchste Instanz, sondern das Land.

Hier präzisiert sich das, was in einer komplexen Welt unter „dem Ganzen“ ver-

standen werden kann. Dies Ganze ist nicht „Alles“. Im politischen Sinn eines Staatswesens ist das „Ganze des Landes“ keine minutiöse Kopie der Wirklichkeit, sondern eine Skizze mit einer reduzierten Zahl von Eckpunkten, Standards und exemplarischen Gütern – so wie auch ein Stadtplan nicht das ganze Leben in einer Stadt wiedergibt und vorschreibt. Nicht in der Gesamtverbindlichkeit lauert daher die Gefahr des Missbrauchs, sondern in der Detailliertheit und Intimität: Wenn der Staat sich tatsächlich überall einmischt und die Menschen bei der Wahl ihrer Tapeten, bei ihrem Frühstück oder ihren Träumen beraten und betreuen will. Schaut man genau hin, ist diese Gefahr nicht beim Zivilisationsstaat besonders groß, sondern beim ausufernden Sozialstaat neuerer Prägung. Die allgegenwärtige sanfte Vormundschaft von der Sozialbetreuung bis zur Verbraucherberatung fällt in eine Zeit, in der der Staat zu Vorgaben und Führung nicht mehr bereit ist und sich gleichsam in die Gesellschaft zurückzieht.

Nicht Staatsgläubigkeit ist das Problem, sondern Staatsferne

In der gegenwärtigen Wirtschaftskrise gibt es die Parole von der „Rückkehr des Staates“. Aber diejenigen, die sie am lautesten vertreten, haben eigentlich nur den sozialen Staat im Augen. Noch mehr Förderung auf Pump oder eine Revision der Arbeitsmarktreformen – eine solche „Rückkehr“ wäre nicht hilfreich. Die Wirtschaft braucht keine wohlfeile Kritik an der Härte ihrer Leistungsanforderungen, sondern Entlastung durch einen Staat mit eigenen Leistungen und Führungsqualitäten. Deutschland braucht eine Doppelspitze mit den beiden Systemen Wirtschaft und Staat. Wenn man diesen Bild folgt, müssen sich die auch die Muster der Reformrufe, die

wir aus den letzten Jahren kennen, die Bürgerinitiativen für den „Ruck“ etwas ändern müssen. Die Facheliten aus den Ressorts des Staates werden jetzt wichtig. Sie können sich als eigene Kraft formieren, auch wenn ihr Auftreten und die Wege ihrer Einflussnahme wenig spektakulär sind – denken wir an das alte Vorbild der preußischen Reformer.

Gewiss stehen die „soziale Marktwirtschaft“ und die „Zivilgesellschaft“ für eine glückliche Wendung der deutschen Geschichte. Aber ihre Staatsferne macht alles von einer überdurchschnittlich prosperierenden Wirtschaft abhängig. Dies Erfolgsmodell enthält, bei näherem Hinsehen, auch nicht alle Gründungstugenden, die in der Bundesrepublik wirksam waren. In der Entscheidung für die Westbindung, im Streben nach wehrhaften Institutionen, in der Bescheidenheit und dem Ernst der Adenauer-Ära war noch die Suche nach einer Staatsidee spürbar. Heute werden Reformvorbilder eher bei Ludwig Erhard als bei Konrad Adenauer gesucht. Es gibt eine Einseitigkeit der Spätgeborenen und einen zivilgesellschaftlichen Neugründungsmythos der Bundesrepublik, der den „Adenauer-Staat“ vergessen möchte. Doch reicht die Ordnungsidee einer Selbstzivilisierung der Gesellschaft für die Zukunft nicht aus. Der Staat wird gebraucht, nicht als Sozialbegleiter, sondern als zivilisierende Macht. Deutschland kann dabei an jenen Strängen seiner Geschichte anknüpfen, die – auch aus manchem verständlichen Grund – in den vergangenen Jahrzehnten nicht weiterentwickelt wurden. Doch der zivilisierende Staat gehört zur Erfolgsgeschichte des Westens. Ihn neu zu entdecken, gehört zu einer optimistischen Sicht Deutschlands. Es gibt keine allgemeine Dekadenz unseres Landes, aber eine recht einseitige Zwischenphase neigt sich dem Ende zu.

(Manuskript vom 22.1.2010, erschienen als Essay in der Tageszeitung „Die Welt“ am 15.2.2010 unter der Überschrift „Jeder Staat braucht eine Idee“)